

Regierungskatholikarant in Bern Minsige eingereicht wurde. Im Monat August 1910 schickte man in derselben Gegen wiederum 35 verlagene Strolachen. Es erfolgte am 20. August 1910 eine weitere Strafanzeige. Durch Zufall vom 27. September 1910 gab das Regierungskatholikarant auf Grund eines Polizeirapportes die Namen der mutmaßlichen Täter in Bezug auf den aufsteig angezeigten Fall bekannt. Mit Rücksicht auf die fortwährenden Hintertreiben in jener Gegen wurde die genannte Anstalt unter 7. Oktober 1910 darum angegangen, die Untersuchung zu beenden, damit alsdann nach gesetzlicher Vorschrift der Bundesrat entscheiden ob das Vergehen von den eidgenössischen obersten kantonalen Strafbehörden durchzuführen sei. Am 10. Dezember 1910 leitete das Regierungskatholikarant die Mitten an die Bundesbehörde weiter. Auf Antrag des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements wurde durch Präsidialverfügung vom 19. Dezember 1910 die weitere Untersuchung und eventuell die richterliche Beurteilung des Falles den zuständigen Behörden des Kantons Bern übertragen. Am 2. Februar 1911 erschienen die Angeklagten vor dem Polizeirichteramt mit Bern. Alle drei gestanden, im Jahre 1910 in genannter Gegen Strolachen verlagene zu haben. Der Richter sprach sie jedoch frei mit Rücksicht darauf, daß sie offenbar nicht im Besitz der zur Unterzeichnung der Strafbareit der überbrachten Delikte erforderlichen Urteilskraft gewesen seien. Dagegen hielt es der Richter für angezeigt, die Mitten zur Disziplinierung der Jugend, der Jugendlichen, den quanten den Schulbehörden von Stimpf, zu übermitteln, damit von Seiten dieser Behörden mit Nachdruck gegen den unter der dortigen Schuljugend eingeübten Unfug gearbeitet werde. Da sich die Telegraphenverwaltung vor dem Polizeirichter nicht als Schlichter gestellt hätte und von diesem auch nicht vorgeladen worden war, wurde über die Entschädigungsfrage nicht geurteilt. Die erlangenen Staatskosten hatte der Staat zu tragen.

Der der Telegraphenverwaltung entstandene Schaden (Arbeitslöhne und Material) belief sich im Ganzen auf Fr. 32.40. Die drei Täter, beim deren gesetzliche Vertreter, wurden unter 13. März laufenden Jahres aufseher, den Schaden zu ersetzen und zwar jeder zu einem Drittel (Fr. 10.80).

Für die Familie des einen Knaben vermerkte sich daraufhin mit Aufschuß vom 16. März abhin Herr C. M. Goosli, Schriftsteller und Stige-Präsident der Schulgemeinde Stimpf. Er ersuchte um Erlass der Forderung, indem er geltend machte, daß der Vater des Geschworenen seit längerer Zeit arbeitslos sei und eine große Familie habe. Ein analoges Gesuch stellte die Mutter des zweiten Knaben, eine arme Wittwe. In Ansehung dieser Umstände wurde den beiden die Forderung vollständig erlassen und ebenso aus Billigkeitsrücksichten auch dem Vater des dritten Knaben. Die Telegraphenverwaltung hat mithin den Schaden ganz auf sich genommen. Am 19. April laufenden Jahres erhielten die Geschädigten Kenntnis von diesem Bescheid, womit die Angelegenheit erledigt war. Seitdem sind in jener Gegen keine beratigen Eigentumsverletzungen mehr vorgekommen.

Mus Vorstehendem ergibt es sich, daß die von Herrn C. M. Goosli wiedergegebene Darstellung des Sachverhaltes zum Teil, b. h. in allen wesentlichen Punkten, frei erfunden ist, zum andern Teil aber auf wissenschaftlicher Verbreitung und Entstellung der Tatsachen beruht. Es steht natürlich Herrn Goosli vollständig frei, seine Phantasie nach Belieben wahren zu lassen, wenn er nicht will. Nur sollte er dann die Erzeugnisse seiner Phantasie als Dichtung oder mit irgend einem ähnlichen Titel bezeichnen. Wenn er aber, nicht etwa aus ferner Vergangenheit, sondern aus der gegenwärtigen Zeit Geschichten erzählen will, um Personen ober Einrichtungen der Gegenwart zu illustrieren und dem von ihm sogenannten «Bureausaurus helveticus I.» den Garaus zu machen, so sollte er, wenigstens einigermaßen, bei der Wahrheit bleiben. Dies um so mehr, wenn er seine Darstellung mit den Worten einleitet:

„Mein, ich will keine Satire schreiben, sondern trocken, schlicht und treuherrlich, wie es meine biedere Art ist, berichten, was ich seit dem 22. September 1905 mit eigenen Augen wahrgenommen habe.“

Um dem Vorgehen der Telegraphenverwaltung ein recht bürokratisches Gepräge zu

**M. 4.**  
Die zeituntermerten Strolachen  
ober  
„Der bürokratische Geist in der Bundesverwaltung“

Die schweizerische Obertelegraphendirektion ersucht uns um Veröffentlichung folgender Darstellung:

Die Nummer 291 des „Berner Tagblatt“ vom 24. Oktober laufenden Jahres bringt folgende Nachricht: „Am 22. September 1905 verlagten drei Knaben zwei Strolachen an einer Telegraphenleitung, indem sie einen Kugel mit Steinwürfen treffen wollten. Wie der „Democrat“ in Delsberg nun meldet, ist nach sechsmonatigen administrativen und gerichtlichen Untersuchungen diese Angelegenheit endlich in dem Sinne erledigt, daß der eidgenössischen Telegraphendirektion das Recht zugesprochen wurde, den Betrag von Fr. 10.80 rechtlich einzutreiben. Obwohl zwei Strolachen geschädigt nicht ganz zwei Franken kosten, zahlten zwei Väter für ihre Schlingel die entfallenden Beträge. Der eine kam aber hernach in eine solche Schubl, daß er hinging und 23 weitere Strolachen verlag. Dafür steht ihm ein weiterer, jedenfalls gefährlicher Betrag in Aussicht. Der zweite Vater vergriff sich in einem ähnlichen Gemütszustande an seinem Knaben in solcher Weise, daß er nun wegen Mißbrauchs der väterlichen Gewalt ebenfalls strafrechtlich verfolgt wird. Der dritte Vater konnte aber den von der Telegraphendirektion geforderten Betrag gar nicht bezahlen. Dafür wurde er weiter hochmütiglich verfolgt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Mann wurde trübsinnig über diese Schande und hängte sich eines schönen Tages auf, so daß die Gemeinde heute seine Leiche unterzogenen Särger erhalten muß. Der eidgenössischen Gerechtigkeit ist nun Genüge getan.“

Diese Nachricht ist die aufsammegefaßte Zusammenfassung eines Aufsatzes, der vor einiger Zeit in der schweizerischen Zeitschrift „Mitten und Leben“ erschienen und von Herrn C. M. Goosli unterschrieben ist.

Wir setzen uns veranlaßt, an Hand der Mitten die Mittenstellungen des Herrn Goosli richtig zu stellen:

Seit Jahren waren in der näheren Umgebung von Stimpf Gesandungen von Telegraphen- und Telefonleitungen durch Gerümmern von Strolachen an der Tagesordnung. Anfangs Dezember 1909 wurden in jener Gegen neuerdings 16 Strolachen bestimmt, worauf, gestützt auf die Strafbestimmungen des Bundesgesetzes über die elektrischen Anlagen, am 4. Dezember 1909 beim